

besondere durch die Abschnürung West- und Süddeutschlands. Diese Zerreißung Deutschlands fhrt eben zu unerträglichen Belastungsproben, die nur durch Strukturwandlungen unseres eigenen Wirtschaftsapparates einer allmählichen Minderung entgegengeführt werden können. So mußte auch eine ganze Reihe von Haushaltsansätzen jetzt gestrichen werden, weil die zu beschaffenden Gegenstände und Apparaturen zwar lieferbar und bereits zugesichert, aber wegen der Zonensperre im gegenseitigen Wirtschaftsguteraustausch zwischen den Zonen nun nicht herangeschafft werden können.

Es ist aber unser Prinzip — und das wurde schon heute wiederholt betont —, aus eigener Kraft und ohne fremde Kapitalhilfe herauszukommen, und die gesamte Bevölkerung ist wohl mit uns einig in der Überzeugung, daß der beschrittene Weg zwar mühsam und beschwerlich, aber doch der einzig richtige ist, und daß er uns keinesfalls zu einer Plantage fremder Kapitalkrfte werden lassen wird. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die Existenzfrage für den Osten wie für den Westen unseres Vaterlandes, auf die Dauer gesehen, nur durch eine eigene geschlossene gesamtdeutsche Wirtschaft endgültig geklärt und im Anschluß an die Weltwirtschaft als erfolgreich gesichert betrachtet werden kann. Solange wir aber dieses Ziel nicht erreicht haben und noch darum ringen, sind wir leider gezwungen, alle Kräfte anzuspannen, um vorläufig ein eigenes Wirtschaften mit den Mitteln und Möglichkeiten unserer Zone durchzuführen.

Nachdem sich die politische Situation infolge Aufgebens der Potsdamer Beschlüsse durch die Westalliierten so bedauerlich entwickelte, erfolgte zwangsläufig die Zusammenfassung der Lnderwirtschaftsplne in dem zonalen Volkswirtschaftsplan der Deutschen Wirtschaftskommission. Deshalb sind eben die Haushaltplne der Länder heute nur noch Teile des großen aufeinander abgestimmten Volkswirtschaftsplanes der Zone.

Daß hier unser Land Sachsen mit seiner nahezu 50prozentigen Wirtschaftskapazitt der Gesamtzone einen Löwenanteil am wirtschaftlichen Aufschwung und an der zu leistenden Arbeit erbringen muß, ist ja bekannt. Die Impulse, die vom Lande Sachsen ausgingen, sollen auch bei uns in einer gesunden, organisch wachsenden Wirtschaft ihre beste und vorbildliche Auswirkung finden. Es wird dabei nicht ohne Opfer abgehen, entscheidend aber bleibt, daß diese Opfer gerecht verteilt werden, gerecht nicht nur unter der Bevölkerung, unter den verschiedenen Berufsschichten im allgemeinen, gerecht auch unter den Ländern, wenn man die Zone als große Einheit betrachtet. Wir haben bei unseren Haushaltplanberatungen festgestellt, daß in einer ganzen Reihe von Artikeln das Land Sachsen, weil es eben 50 oder mehr v. H. der Kapazität der Produktion zu leisten hat — ich erinnere nur an das Gebiet der Kohle und an andere, wie die Karpfenzucht, die so oft bespottet wurde —, einen Mehrbeitrag an Opfern zu erbringen hat, als den anderen Ländern zugemutet wurde.

Meine Damen und Herren, aber noch ein zweites ist notwendig, und das ist, daß wir Wege zur Aufrichtung und Entwicklung unserer Wirtschaft finden, und zwar einmal durch einen enormen Arbeitswillen, und zum anderen durch die Hebung der Arbeitsmoral. Es ist heute noch immer so, daß in vielen unseren öffentlichen Verwaltungsstellen — und das gilt in gleichem Ausmaß auch in den Produktionsbetrieben — einige wenige die motorischen Kräfte abgeben, gewissermaßen als Lokomotive voranstellen. Aber je länger der Zug der anhängenden Wagen ist, um so mehr sind auch dort die Wagen mit Bremserhuschen und Bremsern vertreten. Es hat an konkreten Beispielen in den Ausschulberatungen für diese Tatsache, die ich hier illustriert vorbrachte, nicht gefehlt. Wir sind überzeugt, daß unsere Feststellungen auch von dem beteiligten Fachministerium zur Abstellung gelangen werden, ja gelangen müssen.

Vieles wird besser werden, wenn die Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch auf der Ebene des Betriebes und nicht zuletzt auf der Ebene der volkseigenen Betriebe mehr gefördert wird, so daß ein Gemeinschaftsbewutsein erweckt wird, das alle Kräfte aller Mitarbeiter mobilisiert, weil dieses neue Arbeitsethos heute einfach unentbehrlich ist. Alle politischen und wirtschaftlichen Einzelbestrebungen, die nur eigene selbstsüchtige Zwecke verfolgen, vermindern ja die Aussicht auf Erfolg.

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hält es nicht für richtig — das wurde schon angeschnitten und wird wohl abgestellt werden —, daß unter dem Titel Zuwendungen so manche stille Beteiligungen enthalten sind. Mein Herr Vorredner hat schon hingewiesen auf die vom Landesvorstand des FDGB nicht gewünschte Beteiligung an der Besoldung der BGL-Leute mit über 53 000 DM. Soweit die in Ansatz gebrachten Mittel anteilig für die Aufgaben der Vertreter der Massenorganisationen für Betriebszwecke selbst gebraucht werden, kann man sich damit abfinden. Meine Fraktion bedauert aber, daß die Besoldungsmittel für das Verwaltungsgerichtswesen erheblich gekürzt werden mußten, weil, wie der Herr Vorredner schon feststellte, die Verwaltungsgerichtsbarkeit zwar beschlossen wurde, aber außer dem in diesem Hause gewählten Präsidenten im übrigen noch keine Funktionen aufgenommen wurden.

Ich erwähnte auch schon die Stellungnahme meiner Fraktion im Haushaltsausschuß zu den Organisationen oder öffentlichen Körperschaften, die die erheblichen Zuschüsse erhalten. Ich darf sie noch durch ein konkretes Beispiel ergänzen. Wenn die „Sost“ allein 300 000 DM an Zuwendungen für ihren Verwaltungsapparat erhält und davon 234 000 DM zur Besoldung von 54 Planstellen eingesetzt sind, dann werden sich auch die Arbeiter- und Bauernkinder ihre Gedanken machen, wenn die Zuteilung der Stipendien nicht so ausfllt, wie sie es sich manchmal gedacht haben. (Sehr richtig!) Ich halte es nicht für notwendig, die Worte meines Vorredners zu ergänzen. Diese eine Tatsache mag genügen.

Es genügt nicht, daß wir nur in Regierungs- und öffentlichen, unserer Kontrolle unterstehenden Verwaltungseinrichtungen sparen, sondern daß darüber hinaus gespart wird, wo überhaupt öffentliche Gelder zur Veranlagung und zur Verwirtschaftung kommen.

Mit der Auffassung der LDP über die Hereinnahme der Erträgnisse aus den Lichtspieltheatern in den Haushaltplan des Volksbildungsministeriums geht die CDU nicht einig. Es ist nicht unsere Gepflogenheit, die Begründung eines Landtagsantrages, die von der einbringenden Partei gemacht und von uns abgelehnt wird, nachträglich zu unserer eigenen zu machen. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Lichtspieltheater Wirtschaftsunternehmen sind, die natürlich der kulturellen Leitung und Betreuung durch das Volksbildungsministerium bedürfen. Aber das war schon vor der Enteignung so. Wir meinen, daß Einnahmen und Ausgaben möglichst im gleichen Ministerium zu veranschlagen sind. Im übrigen glauben wir, daß die 5 Millionen im Haushaltplan 1949 nur dann für ausreichend angesehen werden können, wenn nach den bei der Regierung befindlichen Unterlagen nicht damit gerechnet werden muß, daß in den 9 Monaten dieses Haushaltjahres ein höherer Betrag zur Auszahlung gebracht werden kann. Ich habe mir sagen lassen, daß einer ganzen Reihe von Lichtspielhuserbesitzern gar nichts daran liegt, jetzt ihr Geld zu bekommen, zumal ihre wirtschaftliche Existenz durch die Übernahme ihrer Arbeitskraft als Geschäftsführer usw. für die nächsten Monate gesichert wurde. Unter diesem Gesichtspunkt und bei den knappen Reserven, die der Haushaltplan vorsieht, ist zu überlegen, ob dem Minderheitenantrag der LDP vorbehaltlos zugestimmt werden kann.